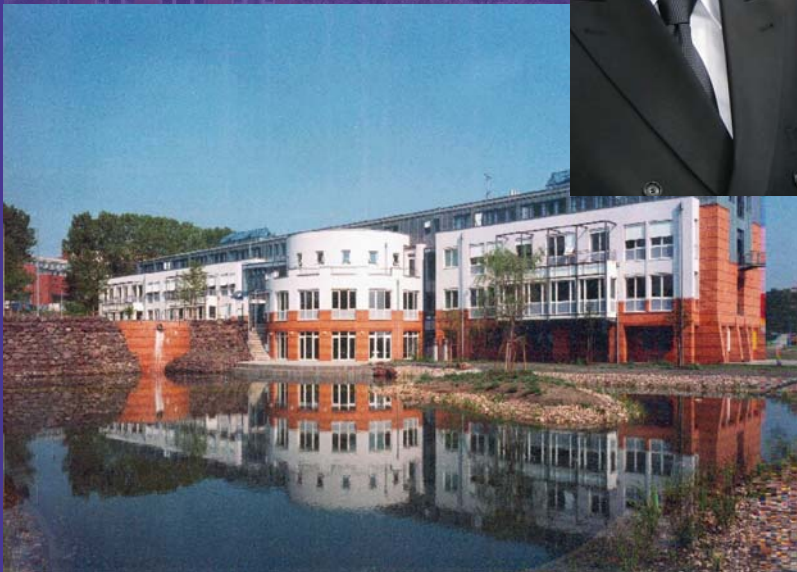


# DSTG magazin

5

Gewerkschaftsorgan der  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
Mai 2008 · 57. Jahrgang

Der Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Axel Nawrath (Mitte), verabschiedete den Präsidenten der Bundesfinanzakademie Dr. Detlef Roland (re.) am 25. April 2008 in den Ruhestand und führte gleichzeitig Ministerialdirigent Karl Wilhelm Christmann (li.) als neuen Präsidenten in sein Amt ein.  
*Copyright BWZ der BFV*



Die Bundesfinanzakademie hat seit 1993 ihren Sitz in Brühl bei Köln. Sie dient u.a. der Fortbildung von Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes der Steuerverwaltungen im Bund und in den Ländern. Zur Akademie gehört seit 1961 die Finanzgeschichtliche Sammlung – das einzige Steuermuseum Deutschlands.

Präsident Dr. Roland verabschiedet –  
Präsident Christmann in neues Amt eingeführt

DSTG-Bundesvorstand rügt negative Folgen der  
Föderalismusreform

21. Steuer-Gewerkschaftstag in Rheinland-Pfalz



> Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Tarifverhandlungen für den Bereich Bund und Kommunen sind erfolgreich abgeschlossen worden. Das Gesamtpaket steht. 50 € Sockel, 3,1 % Erhöhung ab 1. Januar 2008. Ab dem 1. Januar 2009 eine weitere Steigerung

um 2,8 %. Darüber hinaus wird im Januar 2009 eine Einmalzahlung i. H. von 225 € gezahlt. Dies ist ein respektables Ergebnis, das im Tarifbereich erst mit massiven Warnstreiks durchgesetzt werden konnte.

Jetzt dringen wir auf die Nagelprobe, nämlich die gleiche Erhöhung für die Bundesbeamten. Der Bundesinnenminister und die Regierungsfractionen haben einen Gleichklang im Grundsatz zugesagt. Dies ist auch unsere Grundposition. Wir erwarten, dass das Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz zügig verabschiedet wird, denn es geht um Gerechtigkeit und auch um die Glaubwürdigkeit der Politik.

Die Glaubwürdigkeit der Politik steht auch in einem weiteren Bereich auf dem Prüfstand. Der CSU-Vorsitzende und Bayerische Finanzminister Erwin Huber hat Recht, wenn er für die Arbeitnehmer fordert, mehr Netto vom Brutto in der Tasche zu behalten. Die Steuerbelastung der Arbeitnehmer hat sich durch die schleichende Progression deutlich erhöht. Die öffentlichen Haushalte haben sich Dank der über Plan liegenden Steuereinnahmen erholt, so dass mindestens eine Korrektur der Pendlerpauschale angesagt ist. Die DSTG fordert seit langem, die gesetzgeberische Fehlentscheidung zurückzunehmen und wieder ab dem 1. Kilometer die Pendlerpauschale anzusetzen.

Erwin Huber hat wiederum Recht, wenn er argumentiert, die notwendige Fahrt zur Arbeit sei etwas anderes, als eine Fahrt zum Golfplatz. Die Betroffenen fahren nicht zur „Gaudi“ zu ihrem Arbeitsplatz sondern zum Broterwerb und zur Erzielung von Einnahmen. Es geht hier ganz klar um Werbungskosten und nicht, wie der Bundesfinanzminister sagt, um eine Subvention, die nur abgezogen wird „wie Werbungskosten“.

Erwin Huber hat auch Recht, wenn er sagt, die Politik sollte in diesem Punkt nicht auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts warten und sich zu einer Korrektur zwingen lassen sondern jetzt politisch entscheiden. Zur Begründung für die Streichung der ersten 20 km dienen die notleidenden Haushalte. Dieser Ansatz ist heute obsolet. Die Steuereinnahmen liegen über Plan. Bei der Rücknahme geht es daher auch nicht um einen Gesichtsverlust des Bundesfinanzministers, denn die Rahmenbedingungen von damals haben sich geändert, so dass er heute generös das Gesetz korrigieren könnte.

Es zeugt eher von einem Stück Ignoranz, den Bundesfinanzhof als oberstes Finanzgericht beiseite zu schieben und abfällig zu sagen „Was interessiert mich der Beschluss aus München?“

Auch hier muss sich politische Glaubwürdigkeit beweisen.

Wir erinnern uns: unmittelbar nach dem Hamburger SPD-Parteitag war es der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, der für seine Fraktion forderte, die Pendlerpauschale wieder ab dem 1 km zu gewähren. Damals winkte Erwin Huber ab. Heute befürwortet der CSU-Politiker angesichts der besseren Kassenlage eine Korrektur. Ist die SPD etwa jetzt nur deshalb dagegen, weil die Forderung nun von Erwin Huber kommt? Für solch ein taktisches Spiel hätten die Betroffenen sicher kein Verständnis – übrigens auch nicht die Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung.

In den Finanzämtern stapeln sich Einsprüche, trotz Vorläufigkeitsvermerk. Tausende von Anträgen auf Aussetzung der Vollziehung sind zu bearbeiten. Unnötige Zusatzarbeiten sind das, die vermieden werden könnten, wenn die Politik rasch handeln würde. Der erste Schritt müsste darin bestehen, in den vorläufigen Steuerbescheiden die Pendlerpauschale ab dem 1 km zu gewähren. Dies wäre sofort ohne Gesetzeskorrektur möglich. Als zweite vordringliche Maßnahme müsste das Einkommensteuergesetz angepasst werden. Beide Korrekturen würden von den Betroffenen honoriert, gleichgültig von welcher Partei die Idee dafür kommt.

Die DSTG macht klar: Nicht mehr reden sondern handeln!

Mit kollegialen Grüßen

> Impressum

**Herausgeber:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **Internet:** www.dstg-verlag.de, **E-Mail:** dstg-bund@t-online.de. **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** Windmüller, DSTG-Archiv, Fiegel, MEV. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste** Nr. 24 gültig ab 1. Oktober 2005. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Sparkasse Köln/Bonn, Konto 21 006 903. Commerzbank Berlin, Konto 0 733 998. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Internet** www.vva.de, **E-Mail** info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, Tel. (02 11) 73 57-8 41, **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. **Anzeigentarif** Nr. 49 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2007. **Druckauflage** dbb magazin: 770.050 Exemplare (IWW 2/2007). **Vertrieb:** Tel. (02 11) 73 57-155, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Inzeigenschluss** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN0178-207X**

> DSTG

- > Präsident Dr. Roland verabschiedet – Präsident Christmann in neues Amt eingeführt 4
- > DSTG-Bundesvorstand rügt negative Folgen der Föderalismusreform 5
- > 21. Steuer-Gewerkschaftstag in Rheinland-Pfalz: Beck hängt öffentlichen Dienst bei Bezahlung ab 6
- > Führungswechsel in der Oberfinanzdirektion Magdeburg 8
- > Blick in die DSTG-Geschichte: Der Neubeginn in der Bundesrepublik von 1949 bis 1951 8
- > DSTG begrüßt neue Wohnförderung: Modell hat aber Schwächen im Vollzug 12
- > DSTG setzt sich bei Personalratswahlen im Norden und auf Bundesebene durch 14
- > Tauschcke 15
- > Tarifkommission tagte in Berlin: Software „SESAM“ hat Auswirkungen auf den Tarifbereich 16
- > Internationales Finanzsportturnier in Saarbrücken 16

> dbb

- > Gesetzentwurf zum Beamtenrecht: Rückschritt statt Reform 18
- > Pendlerpauschale: Vom ersten Kilometer absetzbar 19
- > Besoldungsrunde: Tarifabschluss Eins-zu-Eins übertragen 20
- > Drei Fragen an Peter Heesen 20
- > Frühjahrsgutachten 2008: Abgeschwächter Wachstumskurs 21
- > Einkommensrunde 2008: Last-Minute-Erfolg 22
- > Peter Heesen führt die CESI 23
- > Die andere Meinung: Gute Leute, gute Arbeit, gutes Geld 24
- > Nachgefragt: Reform von Staatsaufgaben am Beispiel der Bundeswehr 26
- > Mitgliederservice 28
- > Europa: 5. Europäischer Abend: „Raus von Zuhause“ 30
- > 6. Frauenpolitische Fachtagung: Gerechtigkeit für alle? 32
- > Beihilfe für Gebärmutterhalskrebs-Impfung 32
- > Versorgungsempfänger: Anspruch auf gleiche Anpassung 33
- > Jugend/t@acker 38
- > Glosse: And action ... 39
- > Digitaler Polizeifunk: Raus aus dem Funkloch 40
- > Das BSI in Bonn: Sicherheit von Amts wegen 42
- > in eigener Sache 45
- > Interview mit Peter Schaar, 46

Staffelstab in der Bundesfinanzakademie weitergereicht

# Präsident Dr. Roland verabschiedet

Präsident Christmann in neues Amt eingeführt

Am 25. April 2008 wurde in einer Feierstunde der Präsident der Bundesfinanzakademie Dr. Detlef Roland durch den Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Axel Nawrath, in den Ruhestand verabschiedet. Staatssekretär Nawrath würdigte dabei den Einsatz und die Leistung des scheidenden Präsidenten, der als profunder Steuerrechtler den guten Ruf der Bundesfinanzakademie weiter ausgebaut habe. Dr. Detlef

Roland arbeitete im Bundesfinanzministerium, war zeitweise für die FDP-Fraktion als Finanzreferent im Einsatz, befasste sich mit Aufgaben der Koordinierung und Steuerung der Steuergesetzgebung, betreute die Petersberger-Steuerreformkommission und wurde schließlich Präsident der Bundesfinanzakademie in Brühl. Auf allen diesen Tätigkeitsfeldern bescheinigte ihm Staatssekretär Nawrath besondere Leistungen.

Die Bundesfinanzakademie ist eine Einrichtung des Bundes, bildet aber überwiegend die Führungskräfte der Landessteuerverwaltungen aus. Die Bundesfinanzakademie ist somit wichtiger Dienstleister für die Landessteuerverwaltungen. Als Vertreterin der Finanzministerkonferenz verabschiedete die Staatssekretärin im Niedersächsischen Finanzministerium Cora-Jeanette Hermenau den Präsidenten Dr. Roland. Sie ging auf die Bedeutung der Bundesfinanzakademie für die Führungskräfte der Steuerverwaltung der Länder ein und erinnerte dabei, dass sie zu Beginn ihrer Berufslaufbahn als Steuerbeamtin selbst Absolventin der Bundesfinanzakademie gewesen ist.

Als Nachfolger von Dr. Roland wurde Karl-Wilhelm Christmann, bisher Ministerialdirigent im Bundesfinanzministerium eingeführt. Dr. Nawrath zeigte dabei den Werdegang von Karl-Wilhelm Christmann auf, der während seiner bisherigen Laufbahn vielseitig eingesetzt war und alle vier Unterabteilungen der Steuerabteilung des BMF geleitet hat. Die breite Palette des Steuerwissens prädestinierte ihn für die Position des Präsidenten der Bundesfinanzakademie.

Der scheidende Präsident Dr. Roland blickte in seiner Abschiedsrede voll Dankbarkeit und mit Genugtuung auf seinen beruflichen Werdegang zurück. Alle seine verschiedenen Positionen hätten ihm Freude und Erfüllung gebracht. Besonders gerne erinnerte er sich



> Staatssekretärin  
Cora-Jeanette Hermenau

an die Betreuung der Petersberger-Steuerreformkommission, die zwar damals zu keiner großen Steuerreform geführt habe. Viele der damals entwickelten Bausteine würden auch heute noch in den verschiedenen Steueränderungsgesetzen sichtbar. Voller Stolz zeigte er die positive Entwicklung der Bundesfinanzakademie auf und ging auf den Umzug von Siegburg nach Brühl ein und dankte in diesem Zusammenhang Staatssekretär Nawrath für die Zusicherung, dass der Standort Brühl für die Bundesfinanzakademie beibehalten werde.

Karl-Wilhelm Christmann als der neue Präsident freute sich, das wohlbestellte Haus nun als Präsident führen zu können. Er übernehme die Position gerne, weil sie ihn an den Anfang seiner Berufslaufbahn zurückbringe. Christmann begann seine Laufbahn bei der OFD Köln und wurde, wie alle Steuerbeamten, an der Bundesfinanzakademie ausgebildet – jetzt kehrt er als deren Präsident zurück. Bei dieser schönen Aufgabe könne er sein breites Fachwissen als Unterabteilungsleiter auf den verschiedensten Gebieten des Steuerrechts jetzt dem Führungsnachwuchs der Steuerverwaltung weitergeben.

Die Redner gingen in der Feierstunde auch auf die Aufgaben der Bundesfinanzakademie ein. Kernauftrag der Bundesfinanzakademie ist nach dem Steuerbeamtenausbildungsgesetz die bundeseinheitliche Aus- und Fortbildung von Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes der Steuerverwaltungen

## > Info

### Die Bundesfinanzakademie

Die Bundesfinanzakademie ist ein Teil des Bundesministeriums der Finanzen. Sie wurde am 15. Januar 1951 vom ersten Bundesminister der Finanzen, Fritz Schäffer, unter dem Namen "Akademische Bundesfinanzschule" im Nordflügel der Abtei Michaelsberg in Siegburg eröffnet und ist die älteste der vom Bund getragenen Fortbildungseinrichtungen. Am 20. Dezember 1993 wurde sie in einen Neubau nach Brühl (bei Köln) verlegt. Die Tätigkeit der Akademie hat seit 1961 ihre rechtliche Grundlage im Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz (§ 7). Dieses Bundesgesetz beruht verfassungsrechtlich auf Artikel 108 Abs. 2 des Grundgesetzes.

### Fortbildungsaufgaben

Die Bundesfinanzakademie dient der Fortbildung von Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes der Steuerverwaltungen im Bund und den Bundesländern. Die Nachwuchsführungskräfte, die in aller Regel Volljuristen (mit erstem und zweitem juristischen Staatsexamen) sind, erhalten in der Bundesfinanzakademie Gelegenheit, ihre Kenntnisse im Steuerrecht und dessen Nachbargebieten, zum Beispiel dem betrieblichen Rechnungswesen, zu vervollständigen. Sie werden auch mit Personalführung, Organisation und Informationstechnik vertraut gemacht.

Den bereits berufserfahrenen Beamtinnen und Beamten der Steuerverwaltungen bietet die Bundesfinanzakademie ein vielfältiges Fortbildungsprogramm an. Es richtet sich laufbahnübergreifend an alle Führungskräfte in besonderen Funktionen (z. B. Außenprüfung, Steuerfahndung) in den obersten Behörden (Ministerien, Senatsverwaltungen), den Oberfinanzdirektionen und den Finanzämtern.

Bundesfinanzakademie im Bundesministerium der Finanzen,  
Willy-Brandt-Straße 10, 50321 Brühl  
Telefon: 01888 / 682 - 5199 (Zentrale),  
Telefax: 01888 / 682 - 5185  
E-Mail: webmaster@bundesfinanzakademie.de,  
www.bundesfinanzakademie.de

(Quelle: Bundesfinanzakademie, Brühl)

des Bundes und der Länder. Die jungen Nachwuchskräfte erhalten in Brühl nach ihrem Jurastudium die Gelegenheit ihre Kenntnisse im Steuerrecht und den Nachbargebieten zu vervollständigen und auszubauen. Daneben werden sie in Personalführung, Organisation und Informationstechnik geschult. Den berufserfahrenen Beamtinnen und Beamten aus der Führungsebene der Steuerverwaltungen bietet die Bundesfinanzakademie ein vielfältiges Fortbildungsprogramm an. Damit übernimmt die Bundesfinanzakademie eine wichtige Scharnierfunktion zwischen dem Bund und den Ländern. Nach Ansicht der DSTG kann der Bund über diese Führungsschulung entscheidend auf das Gleichmaß der Besteuerung in Deutschland trotz des föderalen Aufbaus der Steuerverwaltung Einfluss nehmen.

Dieses Konzept wurde vom Gesetzgeber bewusst so angelegt und soll das bundesweite Gleichmaß der Besteuerung sichern und Kontinuität gewährleisten.

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek nahm an der Feierstunde teil. Er beglückwünschte den neuen Präsidenten Karl-Wilhelm Christmann und dankte dem scheidenden Präsidenten Dr. Roland für die stets gute Zusammenarbeit mit der DSTG. Dr. Roland war und ist langjähriges DSTG-Mitglied und gab in seiner Amtszeit den DSTG-Vorsitzenden jeweils wertvolle Ratschläge und Hilfestellungen. Auch dafür unseren herzlichen Dank und die besten Wünsche für den Ruhestand!

Auch der neue Präsident Karl-Wilhelm Christmann ist seit seinem Berufseintritt als Steuerbeamter treues DSTG-Mitglied, so dass sicher auch die Kontinuität in der guten Zusammenarbeit der DSTG mit der Bundesfinanzakademie gewährleistet bleibt. ■

## DSTG-Bundesvorstand rügt negative Folgen der Föderalismusreform



DSTG-Chef Dieter Ondracek und die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Anne Schauer und Thomas Eigenthaler.



Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Helmut Overbeck und Manfred Lehmann.



Die Vorsitzenden der Landes- und Bezirksverbände während der Tagung.



Der DSTG-Bundesvorstand traf am 17./18. April 2008 zu seiner 114. Sitzung in Berlin zusammen. Neben den Berichten aus Kommissionen und Ausschüssen sowie dem Lagebericht der Bundesleitung standen die aktuellen Entwicklungen im Besoldungs- und Tarifrecht sowie die steuerrechtlichen Novellierungen auf der Tagesordnung der zweitägigen Arbeitssitzung.

### ► Neues Beamtenrecht unzureichend

Der Bundesvorstand verschaffte sich einen Überblick über die aktuellen beamtenrechtlichen Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene. Dabei bewertete der Bundesvorstand den Entwurf für das Beamtenstatusgesetz, das zurzeit das Gesetzgebungsverfahren durchläuft, als unzureichend. Die angestrebte Vergleichbarkeit der künftigen unterschiedlichen Beamtenrechte in Bund und Ländern sei nicht gesichert. Nach Ansicht des Bundesvorstandes hat der Bund seine ihm nach der Föderalismusreform I noch zustehende verfassungsmäßige Regelungsbefugnis unnötig eng interpretiert. Zudem sei die Frage der wechselseitigen Anerkennung von Laufbahnabschlüssen ungelöst geblieben. Am Dienstrechtsneuordnungsgesetz, welches die Vorschriften für Status, Besoldung und Versorgung der Beamten, Richter und Soldaten im Bereich des Bundes neu regeln soll, kritisierte der Bundesvorstand, dass auf jegliche Fortentwicklung von Leistungsinstrumentarien verzichtet worden ist. Die mit dem Reformkonzept 21 auf den Weg ge-

brachten konstruktiven Modernisierungsvorschläge des dbb sind so gut wie überhaupt nicht berücksichtigt worden. Abzulehnen seien auch die



> Günter Steinbrecht

starke Anhebung der Altersgrenze für den Ruhestand auf 67 Jahre, unzureichende Regelungen im Bezug auf die besonderen Altersgrenzen sowie der Verzicht auf Instrumente zur Mitnahme von Versorgungsansprüchen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis.

Mit Verweis auf die verschiedenen besoldungs- und beamtenrechtlichen Initiativen der Länder stellte der Bundesvorstand fest, dass in kürzester Zeit im Beamtenrecht ein föderaler Flickenteppich mit negativen Folgen und komplizierten Regelungen entstanden ist.

Als großen gewerkschaftlichen Erfolg wertete der Bundesvorstand den Tarifabschluss für

den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen vom 31. März 2008 in Potsdam. Die linearen Einkommenssteigerungen von rund acht Prozent zusammen mit dem Sockelbetrag von 50 Euro seien ein ordentliches Tarifiergebnis und Ansporn zugleich für künftige Tarifaueinandersetzungen.

### > **Steuerverwaltung für Einnahmesicherung zuständig**

Der Bundesvorstand debattierte über einen Vorschlag aus dem politischen Raum, sämtliche Transferleistungen über die Finanzämter abzuwickeln.

Der Bundesvorstand stellte einstimmig fest, dass primäre Aufgabe der Steuerverwaltung die Einnahmesicherung des Staates ist. Die Administration und Auszahlung von Transferleistungen als so genannte negative Einkommensteuer gefährde das Augenmerk auf die Sicherung der Staatsfinanzen, denn damit verbunden seien tiefgreifende personelle, organisatorische und strukturelle Veränderungen der Steuerverwaltung.

Neben der geplanten Erbschaftsteuerreform und dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Krankenversicherungsbeiträgen befasste sich der Bundesvorstand mit der aktuellen politischen Diskussion über die Pendlerpauschale. Gerade im Hinblick auf die explo-

dierenden Benzinkosten und die gestiegenen Anforderungen an die Flexibilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sei es skandalös, wenn sich Bundesfinanzminister Steinbrück über die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur Entfernungspauschale hinwegsetzt und in aller Ruhe die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten will. Nicht hinzunehmen seien die Aussagen des Bundesfinanzmi-



> Die Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstandes gratulierten dem Kollegen Karl Meyer zu seiner 25-jährigen Tätigkeit als Rechnungsprüfer auf Bundesebene.

nisters, der schon jetzt ankündigt, im Falle einer Rückkehr zur alten Regelung der Pendlerpauschale die Mehrausgaben für den Haushalt durch eine Kürzung des Arbeitnehmerpauschbetrags auszugleichen.

Die DSTG-Bundesleitung wird sich in dieser Angelegenheit



> Günter Martini

und in Sachen Anhebung der steuerlichen Pauschale bei Dienstreisen nochmals an die politisch Verantwortlichen wenden, um Verbesserungen zu erreichen.

Eingerahmt wurde die Arbeits-sitzung von der Verabschiedung langjähriger Vorstandsmitglieder. Neben dem ehemaligen Vorsitzenden des DSTG-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Günter Martini, der den Staffstab des Landesvorsitzes an Kollegen Michael Sandau weitergegeben hat, verabschiedete der Bundesvorstand den Vorsitzenden des DSTG-Landesverbandes Sachsen, Kollegen Günter Steinbrecht, der jüngst mit herausragendem Ergebnis zum Vorsitzenden des sächsischen beamtenbundes (sbb) gewählt worden ist. Die Geschichte des Landesverbandes Sachsen führt kommissarisch Kollege Reinhold Mähne bis zum Landesgewerkschaftstag im November dieses Jahres. DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek dankte den Kollegen Martini und Steinbrecht für die gute und konstruktive gewerkschaftliche Zusammenarbeit. ■

## 21. Steuer-Gewerkschaftstag in Rheinland-Pfalz

### Beck hängt öffentlichen Dienst bei Bezahlung ab

Vom 22. bis 23. April 2008 fand in Neustadt an der Weinstraße der 21. Steuer-Gewerkschaftstag des DSTG-Landesverbandes

Rheinland-Pfalz statt. Sitzungen des Vorstandes sowie des Hauptvorstandes bereiteten den Gewerkschaftstag vor.

Bei den Wahlen wurde der Landesvorsitzende Stefan Bayer einstimmig wiedergewählt. Aus der Landesleitung schied

das Urgestein Günter Reinsbach aus. Für ihn zog Elke Schwabl in die Landesleitung ein. Reinsbach wurde zum Ehrenmitglied ernannt. In die Landesleitung wurden ebenfalls einstimmig Gerhard Bißbort, Achim Meltzer und Irena Oska wiedergewählt.

Auf der öffentlichen Veranstaltung begrüßte Stefan Bay-

er zahlreiche Gäste: neben Finanzminister Prof. Dr. Deubel waren Oberfinanzpräsident Caspers, die Finanzpräsidenten Brehm und Nägler sowie zahlreiche Gruppenleiter der Oberfinanzdirektion Koblenz in den Saalbau nach Neustadt gekommen. Aus dem Landtag erschienen die Abgeordneten Wansch und Puchtler (SPD), Bracht (CDU) und Mertin (FDP). Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek durfte natürlich ebenso nicht fehlen, wie auch die dbb-Landesvorsitzende Brigitte Stopp. Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler und Manfred Lehmann erwiesen den Pflzern ebenfalls die Ehre. Bayer konnte den Bundesehrenvorsitzenden Hermann Fredersdorf und den Landesehrenvorsitzenden Detlev Stoltz begrüßen.

Die Grußworte und Vorträge behandelten im Wesentlichen die magere Besoldungserhöhung im Land und die dürftige Personalausstattung.



> Glückwünsche zu seiner Wahl als Ehrenmitglied des Landesverbandes Rheinland-Pfalz empfängt Günter Reinsbach (li.) von Landeschef Stefan Bayer und seiner Stellvertreterin Irena Oska.

Bayer warf der Regierung von Ministerpräsident Kurt Beck vor, dass die in der Regierungserklärung verkündete magere Besoldungserhöhung von 0,5 % (einfacher Dienst 1,7 %, mittlerer Dienst 1,1 %) im Zuge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung hätte aufge bessert werden müs-

sen. Dies insbesondere deshalb, weil benachbarte Bundesländer ihrer Beamtenschaft mit einer ordentlichen Besoldungserhöhung für den Einsatz der vergangenen Jahre dankten und die Kürzungen abmilderten. Außerdem hatte Ministerpräsident Beck öffentlich propagiert, die Arbeitnehmer am gesamtwirtschaftlichen Aufschwung teilhaben zu lassen. Die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz seien demotiviert und enttäuscht von diesem Verhalten. In Anbetracht der Inflationsrate erweise sich die Besoldungsanpassung tatsächlich als Minusrunde. Jedenfalls verweigerte in der Vergangenheit Rheinland-Pfalz eine leistungsgerechte Besoldung!

Finanzminister Deubel stellte Rechenkunststücke an und versuchte damit zu belegen, dass die Beamtenschaft in Rheinland-Pfalz immer noch mit die bestbezahlte im Bundesvergleich sei. Bayer beantwortete die Berechnungen damit, dass er dem Minister, einem Freund der Zahlen, einen gravierenden Zahlendreher unterstellte: Statt 0,5 % hätten es wohl 5,0 % sein sollen!

DSTG-Chef Dieter Ondracek rügte ebenfalls die Vorgehensweise der rheinland-pfälzischen Regierung und hielt Finanzminister Deubel vor, dass er schlechte Nachricht geschickt verpackt als gute Ware verkaufen wolle. Trotz dieser Schönfärberei bleiben Rheinland-Pfalz mit einer solch' mickrigen Besoldungsanpassung Schlusslicht im Länderwettbewerb. Weiterhin rügte er die zu knappe Personalausstattung in allen Ländern. Angefangen vom Innendienst bis zu den Prüfungsdiensten herrsche Bedarf – auch in Rheinland-Pfalz.

In der anschließenden Arbeitstagung verabschiedeten die Delegierten über siebzig Anträge zu allen Bereichen der aktuellen Gewerkschaftspolitik, die die Arbeit der Landesleitung für die nächsten fünf Jahre bestimmen werden. ■

Beamtendarlehen ab

0,99%

## gibts bei uns nicht! Dafür aber die besten Konditionen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst!

Alles spricht für ein Beamtendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von EUR 10.000 bis EUR 60.000
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Festzinsgarantie
- ✓ 100 % anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100 % Vertrauensgarantie
- ✓ Garantierte Bestkonditionen\*

\* Erhalten Sie bei einem anderen Anbieter eine nachweislich günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen – bei gleicher Laufzeit – als bei uns, schenken wir Ihnen einen EUR 50 Tankgutschein!

Jetzt anrufen: 030 / 40 81 64 25  
und unverbindliches Angebot abfordern!

dbb vorsorgewerk GmbH  
Friedrichstraße 165  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 40 81 64 25  
Fax: 030 / 40 81 64 99



dbb  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

beamtendarlehen@dbb.de  
www.dbb-vorsorgewerk.de

# Führungswechsel in der Oberfinanzdirektion Magdeburg

In einer Feierstunde wurde am 23. April 2008 in der Magdeburger Johanniskirche der Präsident der Oberfinanzdirektion Magdeburg, Erhard Stollberg, in den Ruhestand verabschiedet.

Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und Finanzminister

Jens Bullerjahn würdigten das Lebenswerk Stollbergs, der den Aufbau zukunftsfähiger Finanzstrukturen in Sachsen-Anhalt wesentlich beeinflusst hat. Stollberg war nach der Wende für die Neuordnung der Finanzstrukturen verantwort-

lich, wurde dann in den Landtag des Landes Sachsen-Anhalt gewählt, war haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, wurde der erste ostdeutsche Senator in einem Landesrechnungshof und danach der erste aus einem jungen Bundesland stammende Oberfinanzpräsident. Als sein Nachfolger wurde Hermannus Erdwiens durch Finanzminister Jens Bullerjahn in das Amt eingeführt. Erdwiens beruflicher Weg führte von der Oberfinanzdirektion Münster in das Bundesfinanzministerium, 1991 kam er nach Sachsen-Anhalt und wurde Vizeabteilungsleiter und leitete ab 2003 die Steuerabteilung im Finanzministerium in Magdeburg.

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek und der Lan-



> DSTG-Chef Dieter Ondracek wünscht Erhard Stollberg für seinen Ruhestand alles Gute.

desvorsitzende Michael Sandau nahmen am Festakt teil und überreichten die guten Wünsche der DSTG.

Die Vorsitzende des Bezirkspersonalrats und Landesvorsitzende Uschi Ludwig übersandte in ihrer Rede Dank und Glückwünsche der Personalvertretung. ■



> Ministerpräsident Wolfgang Böhmer mit dem neuen Oberfinanzpräsidenten Hermannus Erdwiens, Erhard Stollberg und Finanzminister Jens Bullerjahn (v.l.).

## Blick in die DSTG-Geschichte

### Der Neubeginn in der Bundesrepublik von 1949 bis 1951

Der 8. Mai 1949 zählt zu den herausragenden Daten der deutschen Geschichte: das Plenum des Parlamentarischen Rates verabschiedete in Bonn das Grundgesetz. In der Zeit vom 16. bis 20. Mai 1949 stimmen die Landtage der neu gebildeten Bundesländer der inzwischen bewährten Grundordnung zu – mit einer Ausnahme: Der bayerische Landtag verweigert seine Zustimmung, erkennt aber das Grundgesetz als vorläufige Verfassung der Bundesrepublik Deutschland an.

Der Parlamentarische Rat bestimmte Bonn zur provisorischen Bundeshauptstadt. Dem „Provisorium Bonn“ war ein langes Leben beschieden – bis zum Juni 1951, als der Deutsche Bundestag Berlin zur Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland erklärte.

Vor der Verabschiedung des Grundgesetzes hatten sich die Außenminister der drei Westmächte in Washington über den Inhalt eines Besatzungsstatuts geeinigt. Als höchste Kontrollbehörde über die nunmehr teilsouveräne Bundesre-

publik wurde eine Alliierte Hohe Kommission gebildet mit einem amerikanischen, britischen und französischen Hohen Kommissar. Die drei Alliierten übten ihre Kontrollrechte allerdings nur in einem geringen Umfang aus. Sie respektierten in der Regel die Entscheidungen der neuen Verfassungsorgane und agierten mehr und mehr faktisch als bei der Bundesregierung akkreditierte Botschafter.

Am 14. August 1949 fand die erste Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Die CDU/CSU

errang 31 %, die SPD 29,2 %, die FDP 11,9 % und die KPD immerhin 5,7 % der abgegebenen Stimmen. Da es damals noch keine Fünfprozentklausel gab, zogen auch die Bayernpartei mit 4,2 %, die Deutsche Partei mit 4,0 % und das katholische Zentrum mit 3,1 % in den ersten Deutschen Bundestag ein.

Die Politik der jungen deutschen Demokratie prägten insbesondere drei Persönlichkeiten, die zu den großen Gestalten der deutschen Geschichte zählen: der erste Bundespräsident Theodor Heuss, der von der Bundesversammlung am 12. September 1949 in sein Amt gewählt wurde, Konrad Adenauer, den der Bundestag am 15. September 1949 zum

ersten deutschen Bundeskanzler wählte, und nicht zuletzt Ludwig Erhard, den ersten Bundeswirtschaftsminister, der als Vater des „Wirtschaftswunders“ in die Nachkriegsgeschichte einging.

Erhard überließ die Wirtschaftsabläufe weitgehend dem freien Spiel der Kräfte mit einem Mindestmaß an staatlicher Lenkung und setzte das „Wirtschaftswunder“ in Gang. Die Entbehrungen der Kriegsjahre schafften eine gewaltige Binnennachfrage auf der Grundlage einer stabilen Währung, der Deutschen Mark, die der Wirtschaft sichere Gewinne verschaffte. Die nach den Kriegsjahren gewachsene weltweite Nachfrage bescherte der deutschen Industrie glänzende Exportchancen. Am „Wirtschaftswunder“ hatten letztlich alle Bevölkerungsteile Anteil, wenn auch die Eigentümer von durch den Krieg zerstörten Sachwerten, insbesondere von Immobilien, stärker begünstigt waren.

### ➤ Die Gewerkschaften im sozialen Rechtsstaat

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat“. So bekennt sich unser Grundgesetz zu einer demokratischen und sozialen Demokratie (Artikel 20 Abs. 1) und schafft gleichzeitig einen weiten Aktionsradius für die Gewerkschaften: in Artikel 9 Abs. 3 wird die Koalitionsfreiheit in den Grundrechtekatalog aufgenommen. Die Gewerkschaften können sich frei bilden. Arbeitnehmer und Beamte haben das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten, aber auch ihr fernzubleiben. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen sind Arbeitnehmern – nicht Beamten – Arbeitskämpfe erlaubt. Sie sind integraler Bestandteil unserer Arbeitsordnung, aber auch die Aussper-

rung, die den Arbeitgebern als Kampfmittel zur Verfügung steht, als Gegengewicht.

### ➤ Das Berufsbeamten-tum im sozialen Rechtsstaat

Die „Gewerkschaft Deutscher Beamtenbund“ – an der Spitze der Vorsteher des Finanzamtes Köln-Süd, Hans Schäfer, und Werner Jüsgen – schlossen ihre Aufgabe als „Lobby“ der Beamten beim Parlamentarischen Rat mit Bravour ab: das Berufsbeamten-tum wird als institutionelle Garantie in das Grundgesetz aufgenommen und dem Gesetzgeber gleichzeitig ein Handlungsrahmen vorgegeben: das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamten-tums zu regeln (Artikel 33 Abs. 4 und 5).

Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte bereits in seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 ein Bekenntnis zum Berufsbeamten-tum abgelegt und in der September-Ausgabe 1950 der Monatszeitschrift des Deutschen Beamtenbundes seine Überzeugung bekräftigt: „Wie so vieles im öffentlichen Leben ist auch das Beamten-tum in den Jahren seit 1933 in seinen Grundlagen zwar erschüttert, aber nicht entwurzelt worden. Durch eine nicht berechnete Verallgemeinerung von Fällen, in denen eine Anzahl von Beamten versagt haben, hat das Berufsbeamten-tum in der öffentlichen Meinung an Wert verloren. Es wird guter Arbeit bedürfen, um ihm die Stellung zurückzugeben, die es in Deutschland und der Welt hatte und die notwendig ist, im Interesse des Volkes“.

Konrad Adenauer knüpft damit an seine Amtszeit als Oberbürgermeister der Stadt Köln bis zum Jahre 1933 an, in

der er das Berufsbeamten-tum als bedeutsame Säule eines großen kommunalen Personalkörpers begriffen und zur Grundlage seiner Personalpolitik gemacht hat.

### ➤ Tarifautonomie und Mitbestimmung

Zwei bedeutsame Gesetzeswerke prägen den Beginn des neuen „sozialen Rechtsstaates“: das Tarifvertragsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz.

Am 9. April 1949 tritt das Tarifvertragsgesetz in Kraft. In nur wenigen Paragraphen schafft der Gesetzgeber eine verlässliche stabile Ordnung für die kollektiven Tarifverträge und die Tarifautonomie. Ihre Regelungen haben Normqualität für die Mitglieder der Tarifpartner. Die Arbeitnehmer begünstigende Vereinbarungen sind uneingeschränkt möglich (Günstigkeitsprinzip).

Am 10. April 1951 verabschiedet der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“. In diesem für die Mitbestimmung wegweisenden Gesetz werden Vorschriften insbesondere der britischen Besatzungsmacht abgelöst und eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte in den Kapitalgesellschaften der Montanindustrie vorgegeben. Von elf Aufsichtsratsmitgliedern sind fünf Arbeitnehmervertreter, fünf Vertreter der Arbeitgeber. Ein Mitglied ist neutral. Von den Gewerkschaften wird ein Arbeitsdirektor in den Vorstand entsandt, der nicht gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter bestellt werden darf. Das Gesetz ist der Vorreiter für das spätere Betriebsverfassungsgesetz, aber auch für die Beteiligungsrechte der Beschäftigten im öf-

fentlichen Dienst, die – auf die Gruppen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zugeschnitten – später in den Personalvertretungsgesetzen des Bundes und der Länder geregelt werden.

### ➤ Die Suche nach dem richtigen Weg

Dieser rechtliche Rahmen war der Humusboden für die Gewerkschaftsarbeit unmittelbar nach dem Kriege. Arbeitnehmern und Beamten war klar, dass sie nicht als Einzelkämpfer ihre Interessen vertreten können, sondern nur über funktionstüchtige Gewerkschaften, wie sie – bis zu ihrer Gleichschaltung durch die Nazis im Jahre 1933 – existiert hatten.

Damals hatten sich bereits in den Besatzungszonen der drei Westmächte und in Großberlin Vereinigungen von Steuerbeamten gebildet. Die Finanzministerien der damals schon etablierten Länder waren für die Steuerverwaltung auf allen Ebenen zuständig und damit – neben den Landtagen – der politische Ansprechpartner für diese Organisationen.

Zur Erinnerung: Auf den Druck der westlichen Alliierten konnte die Steuerverwaltung nicht mehr an die Tradition der alten Reichssteuerverwaltung anknüpfen, sondern wurde in elf Landessteuerverwaltungen aufgesplittet. Nur allzu verständlich ist es daher, dass viele Steuerbeamte damals zunächst nicht an eine Bundesgewerkschaft dachten, sondern von einer weiteren Verfestigung der sich auf Landes- und Bezirksebene gebildeten Vereinigungen ausgingen.

Mehr Improvisation als professionelles politisches Handeln bestimmte die Arbeit der kleinen Verbände. Ein Blick in die Alltagsarbeit der Gewerkschaften im Jahre 1948 gewährt die Chronik des DSTG-Bezirksver-

bandes Köln. Der Chronist beschreibt sie plastisch:

„Der Berichtsverfasser hatte noch keinen Telefonanschluss. Eine alte gebrauchsfähige Schreibmaschine wurde für billiges Geld erstanden. Die Ehefrau musste die Schreiben zuerst unentgeltlich fertigen, sowie es auch keine Aufwandsentschädigungen für die Vorstandsmitglieder gab. Das gab der Monatsbeitrag von einheitlich DM 2,50, und später DM 3,00 nicht her. Die eingehenden Gelder mussten für Verbrauchsmaterial, wie Matrizen, Farbstoff, Schreibpapier, Porto u. ä. verbraucht werden. Die ersten Vervielfältigungen erfolgten nach Gutenbergscher Art: Eine feine Seidengaze wurde auf einen Rahmen gespannt, als Druckunterlage diente eine Gummiplatte aus einem alten Fußbodenbelag. Diese Art der Fertigung hat ca. 1 bis 1,5 Jahre gedauert. Später – Anfang der 50er-Jahre – leisteten wir uns einen Vervielfältigungsapparat ‚Roto‘, der per Hand zu bedienen war. Dies bedeutete eine erhebliche Arbeitserleichterung. Der Apparat stand in einer freigelegten Ecke im Wohnzimmer des Berichtsverfassers. Mussten Unterlagen für einen Delegiertentag gefertigt werden, so wurden diese packweise auf einem Ausziehtisch im Wohnzimmer ausgelegt, Frau und Kinder umkreisten den Tisch und legten Blatt für Blatt als Gesamtunterlage für jeden Delegierten zusammen. Das dauerte bei Delegiertentagsunterlagen zuweilen bis tief in die Nacht hinein. Als Umblatt wurde aktendeckelstarkes Papier mit dem Stempel des Bezirksverbandes bedruckt und die Nummer des Delegierten lt. Delegiertenverzeichnis handschriftlich darauf vermerkt. Beim Einzug in das erste offizielle Büro in der Riehler Straße 59 wurde ein moderner Drucker beschafft.

Der alte Elektrodrucker musste als Sondermüll verschrottet werden“.

Auf der anderen Seite gab es Bestrebungen, eine starke Einheitsgewerkschaft auf Bundesebene zu etablieren und die organisatorischen und finanziellen Kräfte zu bündeln. Protagonist dieser Bewegung war der damals 24-jährige Hermann Fredersdorf, der spätere langjährige DSTG-Bundesvorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende.

Der „außerplanmäßige“ Steuerinspektor, Beisitzer in einem „Vorbereitenden Arbeitsausschuss des Finanzamtes Gelsenkirchen-Nord“, argumentierte in einem Schreiben vom 23. März 1948 an den „Vorbereitenden Hauptausschuss für Beamtenorganisationen beim Oberfinanzpräsidenten Westfalen:

„Nach der von Ihnen vorgelegten Satzung sieht es so aus, als wenn die Verbände der einzelnen Verwaltungen nebeneinander bestehen und lediglich lose in der Beamten-gewerkschaft miteinander verbunden sein sollen. Dem können wir uns nicht anschließen. Wir fordern eine fest geschlossene einheitliche Beamten-gewerkschaft, die sich zur besseren Arbeit in Fachgruppen der einzelnen Verwaltungen gliedert. Diese Beamten-gewerkschaft soll die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften nicht nur erstreben, sondern im ‚Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund‘ mit diesem zusammenarbeiten. Nur bei dieser Organisationsform ist die Gewähr dafür gegeben, dass die Interessen der Beamten tatsächlich ausschlaggebend vertreten werden können. Dieses Ziel wird sich nicht durch Verbände der einzelnen Verwaltungen erreichen lassen, sondern lediglich durch eine schlagkräftige Gesamtvertretung aller Beamten (Beamten-

# Weniger zahlen. Besser leben.



Wer sein Notwendiges spart, hat mehr Geld für die schönen Dinge des Lebens.

Mit den Massenebenen der LBN fällt Steuern nicht schwer. Laut **FAUCOS** 5017 und **Capital** 111-65 erklärt die Klausurwiss.beratung zu den 1100+ auch die LBN-Umkleiversicherung wird überaus günstig beurteilt

LBN WWG  
Luisen-Berliner-Straße 1  
30855 Hannover  
Tel. 0511 3401-1047  
Fax 0511 341-1212  
www.lbn.de  
E-Mail: info@lbn.de

Selbstverständlich können Sie jederzeit umbeschieden. Telefonieren, schreiben, umberschreiben. Service und kompetente Beratung von uns erwarten.



Kugeln Sie im Internet nach [www.lbn.de](http://www.lbn.de)

## Mobilität die Freude macht Große Auswahl - Hausvorführung -

<b>NEU</b> Badewannenlift	<b>Elektro-Scooter</b> einfach zu bedienen, fahrerscheinfrei wir nehmen Ihren Gebrauchten in Zahlung	<b>Sehr zu empfehlen</b>
<b>Kassensmodelle</b>	<b>6 bis 15 km/h</b> Ich fahre... (ohne FS)	<b>NEU</b>
<b>In 1 Minute zerlegt</b>	<b>in Schichtgeschwindigkeit auf dem Bürgersteig in Fußgängerzonen in Parkanlagen auf Radwegen ins Kaufhaus</b>	<b>Doppelsitzer</b>
	<b>Auf Straßen bis zu 15 km/h</b>	<b>● Heizung ✓ ● Radio ✓ ● Tacho ✓ ● TÜV ✓</b>
	<b>Raten- zahlung ab 150 € möglich</b>	
	<b>3-Rad und 4-Rad</b>	
<b>WELLEDER Elektrofahrzeuge</b>		
Welleder TECH GmbH - Zentrale - Simpert-Kramer-Str. 26 - 87629 Füssen bundesweiter Vorort-Service Info-Zentrale Tel: 08362-919326 Fax: 919329 support@welleder-tech-gmbh.de www.welleder-tech-gmbh.de		
<b>Auch Großhandel</b>		

gewerkschaft) innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes“.

Eine Beamten-Gewerkschaft mit Fachgruppen, darunter wohl auch die Fachgruppe „Steuerverwaltung“, sollte neben den Industriegewerkschaften und einer Angestellten-Gewerkschaft im DGB ihre gewerkschaftspolitische Heimat finden.

Hermann Fredersdorf hatte einen Stein ins Wasser geworfen und einen Denkanstoß gegeben, der eine ergiebige Diskussion entfachte. Jedoch: in den Köpfen vieler Kolleginnen und Kollegen war die Erinnerung an den Bund Deutscher Reichsteuerbeamten (BDR) präsent, das heißt, die Erinnerung an eine besonders effektive Gewerkschaft, die bis zur ihrer Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 eine erfolgreiche berufspolitische Arbeit betrieben hatte gemeinsam mit ihrer Dachorganisation, dem Deutschen Beamtenbund, dessen Arbeit der BDR maßgeblich beeinflusst hatte.

### ► Die Gründung des Bundes Deutscher Steuerbeamten (BDSt)

So drängten die Steuerbeamtenvereinigungen in den Ländern und OFD-Bezirken darauf, ihre berufspolitische Arbeit auf Bundesebene zu bündeln und

die Tradition des BDR fortzuführen. Der Schwerpunkt der berufspolitischen Arbeit sollte aber auf der Landes- und Bezirksebene liegen. Dabei war aber auch klar, dass die gewerkschaftliche Arbeit auf Bundesebene koordiniert werden musste. Nicht zuletzt: Die Steuergesetzgebung war dem Bundesgesetzgeber zugewiesen. So war auch deshalb eine gewerkschaftliche Kraft auf Bundesebene notwendig, um auf die Steuerpolitik Einfluss nehmen zu können.

Begünstigt wurde die Gründung von Gewerkschaften in der britischen Besatzungszone. In Großbritannien gab es eine Labourregierung. Die Gewerkschaften waren dort fester Bestandteil der politischen und gesellschaftlichen Ordnung mit einer langen Tradition.

In der britischen Zone betrieb insbesondere Kollege Robert Born aus Hamburg, einer der führenden Vertreter der überörtlichen Betriebsräte der Steuerverwaltung, die Gründung einer Steuerbeamten-Gewerkschaft auf Bundesebene.

Dazu kam es am 2. Juni 1949 in Beverungen an der Weser. Gegründet wurde der Bund Deutscher Steuerbeamten (BDSt). Gründer waren die Verbände in der britischen Besatzungszone: die Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie

die Bezirksverbände Düsseldorf, Köln und Westfalen.

### ► Theodor Fockele erster BDSt-Bundesvorsitzender

Die Gründungsversammlung wählte als ersten Vorsitzenden den damals schon 68 Jahre alten Theodor Fockele. Fockele war Aufstiegsbeamter des höheren Dienstes. Im Jahre 1900 trat er in die Laufbahn des gehobenen Dienstes in der Steuerverwaltung ein. 1907 begann er seinen Dienst bei der Provinzialsteuerverwaltung Westfalen. Der weitere dienstliche Weg führte ihn über das Reichsfinanzministerium zum Landesfinanzamt in Münster und zu den Finanzämtern Hamburg-Altona, Gelsenkirchen-Süd und Lippstadt sowie zum Finanzamt Brilon. Dort war er zuletzt als Vorsteher tätig. 1947 wurde er in den Ruhestand versetzt.

Neben seinen vielfältigen dienstlichen Aufgaben war seine gewerkschaftliche Tätigkeit mehr als ein Hobby. Von 1921 bis 1928 führte er den Bezirksverband Westfalen-Lippe im BDR, dessen Gewerkschaftsarbeit er maßgeblich mitgeprägt hat. „Der Bund Deutscher Steuerbeamten schätzt sich glücklich, in ihm einen Vorsitzenden gefunden zu haben, der trotz seines Alters neben reichen Erfahrungen im Be-

rufs- und Organisationsleben eine erstaunliche geistige und körperliche Frische besitzt“, würdigt Hermann Fredersdorf in der Juli-Ausgabe 1951 der „Steuer-Warte“ den ersten BDSt-Vorsitzenden.

### ► Die BDSt-Satzung

Am 11. Mai 1950 wurde in Stuttgart eine Satzung beschlossen. Danach ist der BDSt ein ins Vereinsregister einzutragender, also rechtsfähiger Verein. Seine Kernaufgabe: die Arbeit der Mitgliedsverbände in den Bundesländern zu koordinieren. § 1 beschreibt die Aufgaben im Einzelnen:

1. Alle Mitgliedsverbände zusammenzufassen und durch ständigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch ihre Arbeit zu befruchten, einander zu unterstützen und eine gleichlaufende Fachvertretung bei den Landesregierungen zu ermöglichen,
2. gemeinsame Anliegen aller Steuerbeamten bei der Bundesregierung und beim Bundesstag zu vertreten,
3. gemeinsame Fortbildungs-, Wohlfahrts- und Selbsthilfe-einrichtungen zu schaffen.

*Dr. Paul Courth,  
Bonn-Bad Godesberg*

► Fortsetzung und Literaturhinweise in der nächsten Ausgabe.

## DSTG begrüßt neue Wohnförderung

### Modell hat aber Schwächen im Vollzug

Selbst genutztes Wohneigentum soll künftig in die Altersvorsorge einbezogen werden. Nach zweijährigen Verhandlungen der Großen Koalition beschloss Anfang April dieses

Jahres das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Eigenheimrente.

In dem Gesetz sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, angesammeltes Geld aus

einem Riester-Vertrag komplett entnehmen zu können, um eine Wohnung oder ein Haus für den Eigenbedarf zu erwerben. Die Tilgung von Darlehen soll ebenfalls direkt ge-

fördert werden. Selbst genutztes Immobilienvermögen gehörte bisher nicht zu den begünstigten Riester-Anlageformen. Der Gesetzentwurf orientiert sich an dem Ansatz, dass

mietfreies Wohnen im Alter eine der Geldrente vergleichbare Art der individuellen Altersvorsorge darstellt.

Die neue Wohnförderung belastet die öffentlichen Haushalte jährlich mit rund einer Milliarde Euro.

Nach dem Gesetzentwurf können bis zu 100 Prozent des angesparten, steuerlich geförderten Altersvorsorgevermögens für eine im Inland selbst genutzte Wohnimmobilie genutzt werden. Der Berechtigte muss anders als bisher das Geld nicht vor Rentenbeginn zurückzahlen. Außerdem sollen die zur Darlehenstilgung eingesetzten Mittel als Altersvorsorgebeiträge steuerlich gefördert werden. Die für Tilgungsbeiträge gewährten Zulagen sollen komplett für die Abzahlung von Darlehen verwendet werden können.

Bei einer nachgelagerten Besteuerung ist die Bildung eines so genannten Wohnförderkontos geplant. Darauf werden die in der Immobilie gebundenen und geförderten Beträge erfasst. Besteuert wird das tatsächlich investierte Kapital.

Für die Auszahlungsphase soll ein einmaliges Wahlrecht eingeräumt werden, wonach der Förderberechtigte zwischen der jährlich nachgelagerten Besteuerung und einer Einmalbesteuerung wählen kann. Wenn der geförderte Wohneigentümer die Steuerlast auf einmal begleicht, werden lediglich 70 Prozent besteuert. Im anderen Fall muss der Betrag des Wohnförderkontos über 17 bis 25 Jahre mit dem individuellen Steuersatz des Förderberechtigten versteuert werden.

Daneben soll die Wohnungsbauprämie neu geregelt werden. Bei Neuverträgen soll sich die Prämienbegünstigung künftig auf die Bildung von Wohneigentum konzentrieren.

Mit dem Gesetzentwurf ist der weitere Ausbau der Riester-

Rente geplant. Für Berufseinsteiger soll ein Bonus eingeführt werden, wonach von 2008 an für alle, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, einmalig eine um 100 Euro erhöhte Grundzulage gewährt wird. Der Kreis der Förderberechtigten wird auf Personen erweitert, die zwar schon eine Erwerbsminderungsrente erhalten, daneben aber für das Alter ansparen wollen.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft begrüßt in einer Stellungnahme zum Referententwurf die Einbeziehung selbst genutzter Wohnimmobilien bzw. Genossenschaftswohnungen in die sog. Riester-Rente grundsätzlich. Die DSTG kritisiert jedoch eine weitere Verkomplizierung des Steuerrechts, die spürbare Mehrarbeit für die Beschäftigten der Steuerverwaltung mit sich bringt.

Die komplizierten Regelungen führen zu Verständnisproblemen beim Steuerbürger und erzeugen damit zusätzlichen Beratungsbedarf für die Beschäftigten der Finanzämter. Administrations- und Beratungsbedarf entsteht beispielsweise daraus, dass zukünftig ein fiktives Wohnförderkonto geführt werden soll, das die auflaufenden Leistungen erfasst und aus dem sich später die nachgelagerte Besteuerung ergibt. ■



Wolters Kluwer ist ein führender, weltweiter Anbieter von Fachinformationen, Software und Dienstleistungen für Recht, Steuern und Wirtschaft. Unter der Marke »Akademische Arbeitsgemeinschaft« entwickeln und vertreiben wir erstklassige Produkte und Informationen für den privaten Verbraucher. Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir am Standort Mannheim zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

## Diplom-Finanzwirt (m/w) für die Entwicklung elektronischer Produkte

### Ihre Aufgaben

- Sie arbeiten an der Weiterentwicklung und Verbesserung unserer Software »Steuer-Spar-Erklärung« und anderer elektronischer Produkte mit.
- Sie integrieren aktuelle Rechtsänderungen in die Software und entwickeln ständig neue Ideen, wie die Benutzerführung noch komfortabler gestaltet werden kann.
- Durch direkten Kundenkontakt und die enge Zusammenarbeit mit unserem Support kennen Sie die Bedürfnisse unserer Kunden sehr genau.
- Neben dem konzeptionellen Teil übernehmen Sie auch die Umsetzung in der Software.
- Sie arbeiten in einem professionellen Team aus Steuerfachleuten und Programmieren.

### Unsere Anforderungen

- Sie haben sich durch eine mindestens 3-jährige Berufserfahrung im Thema »Einkommensteuer« für die Materie sattelfest gemacht.
- Darüber hinaus bringen Sie gute PC-Kenntnisse mit und haben eine Vorliebe für elektronische Medien.
- Absolut unverzichtbar ist die Fähigkeit, sich in die Lebenssituation unserer Kunden hinein zu versetzen und die Bereitschaft, unsere hohen Qualitätsanforderungen zu realisieren.
- Selbstständige Arbeitsweise, Einsatzbereitschaft und Flexibilität runden Ihr Bild ab.
- Sie integrieren sich gut in ein Team und erledigen Ihre Aufgaben mit großer Eigeninitiative und Sorgfalt.
- Englischkenntnisse sind wünschenswert.

### Unser Angebot

- Wir bieten eine interessante und herausfordernde Tätigkeit in einem motivierten Team. Wir sind ein erfolgreiches Unternehmen mit hochwertigen und anerkannten Produkten und einem gesundem Wachstumspotenzial.
- Es erwartet Sie ein modern ausgestatteter Arbeitsplatz in Mannheim in einem angenehmen Umfeld und eine leistungsgerechte Dotierung.

Das Wolters Kluwer Recruiting-Team freut sich auf Ihre Online-Bewerbung unter [www.wolterskluwer.de](http://www.wolterskluwer.de) zur Jobnummer **GER00024**

Wolters Kluwer Deutschland GmbH  
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln



# DSTG setzt sich bei Personalratswahlen im Norden und auf Bundesebene durch

Die DSTG punktete bei den Personalratswahlen in Bremen, Niedersachsen und dem Bund, die Anfang 2008 stattfanden.

In Bremen setzten sich in der Wahl zu den örtlichen Personalräten weitgehend DSTG-Mitglieder durch. Von den insgesamt 40 Personalratsmandaten in den Finanzämtern werden ab April 2008, dem Beginn der neuen Amtsperiode, 27 Sitze von DSTG-Mitgliedern einge-

nommen. Absolute Spitze ist dabei der Personalrat des Finanzamts Bremen-Ost, in dem nicht nur 100 Prozent der Mandatsträger, sondern auch die beiden ersten Nachrücker sowie die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterin DSTG-Mitglieder sind.

In Niedersachsen konnte die DSTG ihre bisherige Mehrheit in den Stufenvertretungen und beim niedersächsischen Finanzministerium sowie beim Bezirkspersonalrat um je einen Sitz ausbauen. Damit wurde deutlich, dass die Arbeit der Vertreterinnen und Vertreter der DSTG in diesen Gremien durchweg anerkannt wird.

Bei den Personalratswahlen im Bundeszentralamt für Steuern gewann die DSTG zwei Sitze hin-

zu. Im Beamtenbereich stellt die gemeinsame DSTG-/BDZ-Liste sechs von zehn, im Tarifbereich zwei von drei Sitzen. Auch bei den Personalratswahlen im Bundesministerium der Finanzen konnte die gemeinsame Liste ihren Vorsprung ausbauen und stellt nunmehr die größte Gruppe und den Vorsitz des Personalrats.

Auch hier honorierten die Wählerinnen und Wähler die Arbeit der DSTG. ■

## Spitzen-Sport in Würzburg

# Startschuss für 33. Deutschlandturnier der Finanzämter

Der Vorstand der Deutschen Finanzsporthilfe (DFSH) traf sich am 25. April 2008 in Würzburg mit dem Organisationsteam des Finanzsportvereins Würzburg e.V. unter Leitung des Kollegen Matthias Derleth, um das 33. Deutschlandturnier der Finanzämter vorzubereiten. Das Turnier findet in der Zeit vom 18. bis 20. September 2008 in Würzburg statt. Für die Wettkämpfe im Fußball, Tennis, Tischtennis, Schach, Volleyball und Kegeln stehen optimale Wettkampfstätten bereit. Im Rahmen des Deutschlandturniers sorgen zwei Abendveranstaltungen für den nötigen Ausgleich zur sportlichen Anspannung. Sie finden in der Mensa der Universität Würzburg statt.

Die Veranstalter rechnen mit einer Rekordbeteiligung von bis zu 1.800 Sportlerinnen, Sportlern und Gästen. Die genaue Teilnehmerzahl konnte noch nicht genannt werden, da noch einige



> Der DFSH-Vorstand kam am 25. April 2008 in Würzburg mit dem Orga-Team des Finanzsportvereins Würzburg zusammen, um das 33. Deutschlandturnier der Finanzämter vorzubereiten. Links im Bild (sitzend) Orga-Chef Matthias Derleth, zweiter v. r. (sitzend) der Vorsteher des Finanzamtes Würzburg, Lothar Schreck, der sich sehr sportinteressiert zeigte und an der gesamten Sitzung teilnahm.

endgültige Meldungen aus den Mitgliedsverbänden ausstehen. Ausführliche Informationen zur Turnierorganisation gibt es im Internet unter [www.deutschlandturnier2008.finanzgewerkschaft.de](http://www.deutschlandturnier2008.finanzgewerkschaft.de).

Die Gruppenauslosung für das Fußballturnier brachte folgendes Ergebnis (da noch einige endgültige Mannschaftsmeldungen aus den Mitgliedsverbänden ausstehen bzw. noch Qualifikationen stattfinden, sind lediglich die teilnehmenden Mitgliedsverbände genannt und nicht die Finanzämter bzw. Spielgemeinschaften). ■

Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D
LV Hessen	LV Nordrhein-Westfalen	LV Rheinland-Pfalz	LV Schleswig-Holstein
LV Bayern (bfg)	BV Württemberg	BV Köln	LV Thüringen
LV Sachsen	LV Hamburg	LV Niedersachsen	BV Westfalen-Lippe
LV Brandenburg	LV Bremen	BV Baden	LV Berlin
BV Düsseldorf	LV Mecklenb.-Vorp.	LV Saar	LV Sachsen-Anhalt

TAUSCHCHECKE

- > **StAF (A11)** aus Baden-Württemberg sucht dringend aus familiären Gründen einen Tauschpartner aus dem Bereich NRW (OFD Münster). Ringtausch sicher auch möglich. Versetzungsantrag ist gestellt. Bitte melden unter 01 71/7 05 36 34 oder mousespam@gmx.net
- > **Amtsrat (A12)** aus Hessen sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 01 70/5 25 89 17 oder versetzung\_he\_nrw@onlinehome.de
- > **Steuerobersekretär A7** aus Rheinland-Pfalz sucht Tauschpartner aus den Bereichen Thüringen (Suhl, Eisenach), Hessen (Fulda, Lauterbach, Alsfeld, Bad Hersfeld) oder Bayern (Bad Neustadt). Versetzungsanträge sind gestellt. Bitte meldet Euch unter 01 74/97 0 07 51 oder 0 63 31/71 13 01 22
- > **Steuersekretär (A6)** aus dem Saarland sucht dringend Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz, OFD Koblenz, FA Kaiserslautern. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 01 79/6 62 60 82
- > **Steuersekretärin (A6)** aus dem Saarland sucht dringend Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz, OFD Koblenz, FA Kaiserslautern. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 01 76/65 91 15 53
- > **Stf'in (A9)** aus dem Bundesland Brandenburg sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt, ggf. auch im Wege des Ringtausches. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Da eine Versetzung nahe an Berlin (FA Potsdam) ggf. möglich wäre, wäre das vielleicht auch eine Alternative für jemanden, der eigentlich nach Berlin möchte. Interessenten bitte melden unter 01 77/7 67 43 19 oder h\_friedrich80@yahoo.de
- > **Steuersekretärin (A6)** aus Hessen sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde gestellt. Bitte meldet euch unter 01 52/02 07 74 33
- > **Steuersekretärin (A6)** aus dem Saarland sucht gleichwertige Tauschpartner/in. Bevorzugt aus Baden-Württemberg (FA Pforzheim, Calw, Karlsruhe, Böblingen, Stuttgart, Ludwigsburg) Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Ringtausch Raum Freiburg ist möglich. Bitte meldet Euch unter 01 71/1 23 43 71 oder tauschgesuch@gmx.de
- > **Steuerinspektorin z. A. (A9)** aus NRW, OFD Münster, sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet euch unter 01 62/9 41 25 50.
- > **StH5'in (A8)** aus Schleswig-Holstein möchte in Baden-Württemberg z. B. FA Ulm arbeiten. Wer möchte auch den AP tauschen? Versetzungsantrag ist gestellt. FN-Nr. 04 31/69 02 27 62, mobil 0 15 1/12 74 36 97
- > **Steuerobersekretärin (A7)** aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein (A6/A7). Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Ringtausch wäre ebenfalls möglich. Bitte meldet Euch beim DSTG-Magazin, bei mit 01 62/9 41 05 35 oder dienstl. 0 40/4 28 11 50 60.
- > **Steuerobersekretärin (A7)** aus Thüringen (FM Erfurt, FA Ilmenau) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus Berlin oder Brandenburg. Auch Ringtausch. Versetzungsanträge sind gestellt. Tel.: 01 77/4 54 77 24 oder sipbaht@freenet.de
- > **St'in z. A. (A9)** aus Niedersachsen (OFD Hannover, FA Peine) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Brandenburg. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch bei mir unter 01 76/21 17 86 18 oder am Wochenende unter 03 56 03/75 97 93.
- > **StH5'in (A8)** sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner aus Berlin bzw. Brandenburg nach Baden-Württemberg oder optional nach Hessen (Ringtausch). Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Bitte melden unter privat 0 61 75/79 71 29 oder 01 70/1 98 74 57

- > **Steuerobersekretärin (A7)** aus Schleswig-Holstein sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus NRW (OFD Münster). Ringtausch wäre möglich. Der Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch bei mir unter 01 63/15 33 69 0 oder per E-Mail an fxstratmann@aol.com
- > **Steuerinspektorin (A9)** aus Schleswig-Holstein sucht dringend aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Brandenburg oder Berlin. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Event. auch Ringtausch über ein anderes Bundesland möglich. Bei Interesse bitte ich um Rückmeldung unter 01 73/2 36 33 36.



> Bei einem Besuch in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle wurden die Ortsverbände Rostock, Güstrow und Ribnitz-Damgarten von DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender über die Arbeit der DSTG-Bundesgeschäftsstelle sowie aktuelle steuer- und dienstrechtliche Entwicklungen unterrichtet. Die Anwesenheit des DSTG-Landesvorsitzenden Frank Höhne sowie des stellv. DSTG-Bundesvorsitzenden Helmut Overbeck erlaubten auch eine eingehende Diskussion über landesspezifische Probleme und aktuelle tarifpolitische Fragen.

**Jetzt durchstarten – Steuer-Lehrgänge in Düsseldorf**



- Samstaglehrgang\* seit 17.5.2008
- Dreimonatskurs\* 2.6.–22.8.2008
- Klausuren-Crash-Kurs 25.8.–12.9.2008
- Fernlehrgang\* ca. 1 Jahr
- Häuslicher Klausurenkurs bis 14.9.2008

\*inklusive Loseblattausgabe, Klausurenkurs, Vorbereitung auf das mündl. Examen

**Wir sind für Sie da!**

**Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:**

- Aktuelles Körperschaftsteuerrecht 31.5.2008
- Aktuelles Ertragsteuerrecht 14.6.2008

Tel.: 02 21/4 20 56 20 · Montag bis Freitag: 8.00–13.00 Uhr  
E-Mail: info@stitz.de · Internet: www.stitz.de

## Tarifkommission tagte in Berlin

# Software „SESAM“ hat Auswirkungen auf den Tarifbereich

Zu ihrer 76. Sitzung traf sich am 14. und 15. März 2008 die DSTG-Tarifkommission unter Leitung der Kollegen Helmut Overbeck und Karl-Heinz Leverkus in Berlin. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Tarifrunde 2008 und die bis zu diesem Zeitpunkt noch ergebnislos verlaufenen fünf Verhandlungsrunden, über die Overbeck, der an den Verhandlungen und der Schlichtung beteiligt war, ausführlich berichtete. Weitere Schwerpunkte der umfangreichen Tagesordnung wa-

ren der Tarifvertrag für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) sowie der Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-L), die Tarifverhandlungen „Leistungsbezogene Bezahlungs-elemente“, die noch zu verhandelnde Entgeltordnung, neuere Entwicklungen in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes im Bereich der VBL, Auswirkungen auf die Eingruppierung bei Einführung neuer Organisa-

tionsformen sowie Organisationsangelegenheiten.

Begrüßen konnte Helmut Overbeck zur Sitzung der Tarifkommission den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Thomas Eigenthaler, der sich engagiert an den Diskussionen – insbesondere zur Einführung neuer Organisationsverfahren in der Steuerverwaltung – beteiligte. Auf Wunsch der Tarifkommission wird Thomas Eigenthaler in der Herbstsitzung der Tarifkommission über ‚KONSENS‘, die KOordinierte Neue Software-ENTwick-

lung der Steuerverwaltung und insbesondere das SESAM-Verfahren (Steuer-Erklärungen Scannen, Archivieren und Maschinell bearbeiten) informieren und mögliche Auswirkungen auf den Tarifbereich mit den Kolleginnen und Kollegen diskutieren.

Für die nach der neuen Geschäftsordnung der dbb tarifunion ermöglichte Vertretung in der Bundestarifkommission der dbb tarifunion wählte die Tarifkommission einstimmig Kollegin Hiltrud Bethscheider vom Landesverband Saar. ■

16

Tarifkommission/Europaturnier

## Internationales Finanzsportturnier in Saarbrücken

In der Zeit vom 8. bis 13. Juni 2008 findet an der Hermann Neuberger Sportschule in Saarbrücken das 53. Internationale Finanzsportturnier, kurz Europaturnier, statt. Zugleich beendet dieses Turnier den siebenjährigen Zyklus, am Ende dessen der Gesamtsieger feststeht.

Dem Organisationsteam um Orga-Chef Hermann Leinenbach ist es gelungen, dass dieses traditionelle Turnier der Finanzbeschäftigten in der Landeshauptstadt Saarbrücken über die Bühne gehen kann. Finanzsportler aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, Österreich, Ungarn und Deutschland werden sich in den Disziplinen Fußball, Tennis, Tischtennis und Schach messen und – wie immer – Sportleistungen auf höchstem Niveau bieten.



Als Austragungsort konnte in Saarbrücken die Hermann Neuberger Sportschule gewonnen werden. Hinter dem simplen Begriff Sportschule verbirgt sich eines der modernsten Leistungssportzentren Deutschlands, das sich als

Olympiastützpunkt einen Namen geschaffen hat. Dadurch ist sichergestellt, dass die Teilnehmer keine beschwerlichen Transportwege auf sich nehmen müssen, weil sich alle Sportstätten mehr oder minder an einem Ort befinden. Die Sportler können sich somit voll auf den Sport konzentrieren.

Die Schirmherrschaft hat der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, übernommen, der auch bei der Eröffnungsfeier am 9. Juni 2009 um 9.00 Uhr in der Leichtathletikhalle der Sportschule ein Grußwort sprechen wird.

Da zeitgleich mit dem Europaturnier die Fußball-Europameisterschaft stattfindet, hat der Organisator sichergestellt,



dass sich die Sportler und Gäste auf einer Großbildleinwand die Spiele verfolgen können. Das Orga-Team hat das 53. Internationale Finanzsportturnier unter das Motto „Zu Gast bei Freunden“ gestellt. Damit wird hervorgehoben, dass das Europaturnier ein Ort der Begegnung, der Gastfreundschaft, der Fairness und vor allem des grenzüberschreitenden Zusammenwirkens in einem zusammenwachsenden Europa sein soll. ■